



GÖTTINGER BLÄTTER

02.2016

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

Nicht Auspielen lassen!

► Gemeinsam gegen sexualisierte Gewalt und Rassismus!

In der Silvesternacht wurde in Köln im großen Stil Frauen bestohlen und sexuell belästigt, einige sogar vergewaltigt. Es gibt inzwischen mehr als 550 Anzeigen von Frauen. Es ist ein Ausmaß, der selbst mit der „traditionellen“ sexuellen Belästigung auf dem Oktoberfest nicht gleichgesetzt werden kann. Und zwar aus Grund der relativen Zeit- und Raumdichte sowie der Anzahl der männlichen Täter im Verhältnis zu Ereignissen auf dem Oktoberfest.

Was Silvester passiert ist, bildet ein Teil der Erlebnisse der Frauen in der BRD ab. Auch wenn dieser Teil in Köln besonders traurig ist, da er massenhaft, öffentlich und hemmungslos verlief und insbesondere die Polizei nichts gegen die sexuellen Belästigungen unternommen hat.

Die Anzeigen zahlreicher Frauen wurden erst gar nicht aufgenommen, der marodierenden Menge Männer wurde kein Einhalt geboten. Sie konnten ihre Taten fast ungestört praktizieren. Das war und ist ein Skandal der Nicht-Handlung durch die Polizei, der aber auch im Alltag von Frauen all zu gut bekannt ist. Nur jede zehnte Frau bringt sexuelle Gewalt zur Anzeige. Die Aussicht auf Verurteilung der Täter ist gering.

Im Bezug auf die Kölner Ereignisse werden keine Maßnahmen zum Schutz der Frauen diskutiert. Der Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe (bff) schreibt dazu: „Leider ist es immer noch so, dass maßgeblich für die Strafbarkeit eines Übergriffs nicht etwa der erklärte Wille einer Person ist, sondern faktisch die Frage, ob sie sich ausreichend zur Wehr gesetzt hat und der Täter somit Gewalt anwenden musste.“ Zum Schutz von Frauen wäre es notwendig diese Gesetzeslücke zu schließen. Selbstverständlich gilt es auch, präventive Arbeit zu unterstützen. Beginnend bei der gesellschaftlichen

Debatte zur sexualisierten Gewalt über progressive Männlichkeitsbilder bis hin zur Empowerment von Frauen.

Über all diese Maßnahmen zur Bekämpfung sexualisierte Gewalt gegen Frauen wird nach Köln nicht debattiert, stattdessen werden die Vorfälle missbraucht, um eine rassistische Kampagne zu starten. Um es deutlich zu sagen, es geht den Herrschenden nicht um Schutz der Frauen, sondern eine rückwärts gewandte Politik zu betreiben.

Die Politik tobt mit rassistischen Vorschlägen, kriminell auffällige Ausländer sollen schneller ausgewiesen werden. Damit wird die ohnehin vorhandene Diskriminierung von Menschen mit nicht-deutschen Pass verschärft. Grundsätzlich gilt somit nicht die Gleichheit aller vor dem Gesetz (Grundprinzip einer demokratisch verfassten Gesellschaft), sondern es gelten unterschiedliche Gesetze für Menschen je nach ihrem Aufenthaltsstatut. Menschen ohne deutschen Pass werden nach einer verübten Straftat zweifach bestraft, einmal nach dem Strafgesetzbuch und zum anderen im Entzug des Aufenthaltsstatut, schlimmstenfalls in Abschiebung.

Das ist nichts anderes als rassistische Sondergesetze, die einen deutschen Vergewaltiger nicht betreffen. Damit treibt die Debatte um Köln nicht den Schutz für Frauen, sondern zwei andere Tendenzen in der Gesellschaft voran. Zum einen wird der Abbau demokratischer Rechte vorangetrieben, zum anderen werden rechte und faschistische Kräfte salonfähig gemacht und dadurch gestärkt, ob AfD, Pegida oder wie sie immer heißen. Diese Entwicklung zieht an Göttingen nicht spurlos vorbei, die faschistischen Rattenfänger kommen aus ihren Löchern, beschmieren geplante Flüchtlingsunterkünfte mit Hakenkreuze, wollen vor Flüchtlingsheimen demonstrieren und entwickeln zahlreiche

im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Nicht ausspielen lassen!	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
GöLinke	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Europabüro	7
DIE LINKE. Kreisverband	8
DIE LINKE. Kreisverband	9
Grobian	10
Flüchtlinge und Sprache	11
Demokratiefeinde	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 03.2016
ist der 19. Februar.
Auslieferung am 25. Februar.

Aktivitäten. Es ist auch nicht auszuschließen, dass offene Faschisten im diesem Jahr im Göttinger Stadtrat sitzen werden.

Umso mehr sollten demokratischen Kräfte klare Positionen beziehen, zum Schutz der Frauen und zur Verteidigung der Flüchtlinge vor rassistischen Übergriffe. Da helfen keine Orientierungslosigkeit oder Parolen, wonach Menschen, die ihr „Gastrecht“ missbrauchen, dieses verwirken. Da helfen keine Verharmlosung der sexualisierten Gewalt gegen Frauen in Köln und anderswo. Da helfen kein Auspielen der Frauenrechte gegenüber den Rechten der Flüchtlinge und Migranten. Sondern nur entschlossener Kampf der Unterdrückten gegen jeglicher Rechtentwicklung und für eine Gesellschaft einzutreten, die eine Assoziation freier Individuen entspricht, „worin die freie Entwicklung eines Jeden die freie Entwicklung aller ist“ und Verhältnisse zu schaffen, in der die Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht, Herkunft, Hautfarbe usw., in der sie keine „erniedrigte, geknechtete, verlassenes, verachtete Wesen“ mehr sind, leben können.



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

20 Jahre nach Lübecker Brandanschlag:

Die Vergangenheit ist nie vergangen

Bei einem Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft starben vor 20 Jahren zehn Menschen. Das damalige Totalversagen der Sicherheitsbehörden lässt Erinnerungen aufkommen.

Am 18. Januar 1996 spielten sich in Lübeck in den Morgenstunden grauenhafte Szenen ab. Zehn Menschen sterben in einer brennenden Flüchtlingsunterkunft, 38 werden zum Teil schwer verletzt. Die Menschen verbrennen oder sterben beim Sprung aus dem Fenster. Wenig später werden drei junge deutsche Männer aus Grevesmühlen, die sich in der Nähe aufhielten, festgenommen. Alle drei haben zumindest zeitweise der rechten Szene angehört. Ebenfalls ein deutlicher Ermittlungsansatz: Alle drei hatten durch Feuer versengte Haare und Augenbrauen. Grevesmühlen ist für die rechte Szene kein unbeschriebenes Blatt, dort gibt es aktive Strukturen wie Wehrsportgruppen und Ableger der Hammerskins.

1996 ist ein Jahr der Radikalisierung der rechten Szene, auch die später zum sogenannten „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) zählenden Neonazis Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe beginnen in dieser Zeit, mit Bombenattrappen zu hantieren.

Ermittelt wird gegen die Opfer

Doch was dann geschieht, erinnert an die Struktur des Staatsversagens in Sachen NSU – zum Teil bis in die Details. Die kruden Erklärungen der Tatverdächtigungen werden hingegenommen, vermeintliche Alibis tauchen auf: Freilassung. Stattdessen wird nunmehr ein im Haus wohnender Libanese, der beim Brand selbst Verletzungen erlitten hat, verdächtigt. Er soll die Tat angeblich auf dem Weg ins Krankenhaus einem Sanitäter gestanden haben.

Und nun geschieht, was sich in Deutschland auch später wiederholt: Strafverfolger und auch Journalisten richten ihren Blick auf das Umfeld der Flüchtlinge. Plötzlich

geht es um angebliche Autoschiebereien, Kinderpornografie, Drogenhandel. Auch eine andere Version passt in die Logik der Ermittlungsbehörden: Es hätte zwischen den Flüchtlingen aufgrund ihrer verschiedenen „ethnischen“ Hintergründe Auseinandersetzungen gegeben. Nur an einen, gerade Anfang der 90er Jahre naheliegenden, rechten Anschlag wird nicht weiter gedacht. Mitte 1997 wird der inzwischen angeklagte Libanese freigesprochen. Die deutschen Tatverdächtigen sind – viel Zeit ist vergangen – längst aus dem Schneider. Obwohl sich einer der deutschen Tatverdächtigen während einer Haftstrafe aus anderen Gründen im Gefängnis mit dem Brandanschlag gegenüber Mithäftlingen brüstet, werden keine neuen Ermittlungen aufgenommen.

Kette von Versäumnissen bei den Sicherheitsbehörden

Die Ermittlungen sind eine Kette von Versäumnissen. Es kommt der Verdacht auf, eine Verbindungsperson der Polizei sei in den Fall mittelbar verwickelt. Bereits am 14. März 2013 hat Wolf-Dieter Vogel in der ZEIT eine strukturelle Ähnlichkeit zwischen den Vorfällen in Lübeck und dem Umgang mit den Taten des NSU festgestellt. Rainer Link hat am 6. Februar 2015 im Deutschlandfunk den Fall dargestellt: „Zehn tote Asylbewerber, keine Spur von den Tätern.“ Im Wikipedia-Artikel zum Lübecker Brandanschlag finden sich weitere Hinweise auf Zusammenhänge und Folgen.

Als der damalige Lübecker Bürgermeister Michael Bouteiller den überlebenden Bewohnern des Hauses Personaldokumente ausstellen ließ, mit denen sie ihre toten Angehörigen zur Beisetzung in die Heimatländer begleiten und dann zurückkehren konnten, hielt der damalige Innenminister Schleswig-Holsteins, Ekkehard Wienholtz, es für nötig, Bouteiller zum Rücktritt aufzufordern, weil er damit seine Befugnisse überschritten habe. Indes: Eine parlamentarische Aufarbeitung der



Brandanschlag am 18. Januar 1996 in Lübeck

damaligen Ermittlungen und politischen Vorgänge hat es nicht gegeben. Dabei könnte der Fall Lübeck, sollten rechte Täter beteiligt gewesen sein, einer der schwersten rassistischen Anschläge der bundesdeutschen Geschichte sein – neben dem Oktoberfestattentat in München 1980 und der NSU-Mordserie.

Brandanschlag von Lübeck ist eine Mahnung für die Gegenwart

Lübeck war in den Neunziger Jahren eines der Hauptaktionsfelder des gewalttätigen Rechtsextremismus. Brandanschläge auf die Synagoge, ein Briefbombenattentat auf den Bürgermeister, Hakenkreuzschmierereien auf dem jüdischen Friedhof, an Kirchen und Wohnhäusern von Geistlichen und an der Brandruine selbst. Die Vervielfachung der gewalttätigen Angriffe auf Flüchtlinge und ihre Unterkünfte im Jahre 2015 mahnt: Die Vergangenheit ist niemals wirklich vergangen. Der fortbestehenden Bereitschaft der extremen Rechten, zu morden, kann man sich sicher sein. Den Unwillen eines Teils der Sicherheitsbehörden, ernsthaft zu ermitteln, muss man weiterhin in Rechnung stellen.

(Text von Pro Asyl vom 15.01.2016. Trotz aller neuer „Willkommenskultur“: Im Jahr 2015 wurden mindestens 121 rassistische Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte verübt. Im Schnitt jeden dritten Tag einer.)

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung

Dienstag, den 09. Februar

Die Treffen finden um 20:00 im Berliner Hof statt



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► Kurs abgesteckt

**Feiern im ganzen Land zum 57. Jahrestag der Revolution.
Wirtschaftliche Ziele für 2016 beschlossen**

Kuba begrüßte das Jahr 2016 mit den traditionellen 21 Salutschüssen auf der Festung San Carlos de la Cabaña an der Hafeneinfahrt von Havanna. Mit öffentlichen Feiern und Partys im ganzen Land wurde auch der Eintritt in das 58. Jahr der Revolution auf der Karibikinsel begangen. Am 1. Januar 1959, dem Tag der Befreiung vom Diktator Fulgencio Batista, war Kuba auch zum ersten Mal in seiner Geschichte unabhängig von fremden Mächten geworden. »Niemals«, betonte Präsident Raúl Castro zwei Tage vor dem Jahreswechsel im Parlament, »werden wir Bedingungen akzeptieren, die die Souveränität und Würde unseres Landes einschränken.«

Ein Jahr nach Beginn des Annäherungsprozesses zwischen Washington und Havanna unterstrich der kubanische Staatschef erneut die Forderung nach

Beendigung der US-Blockade und nach Rückgabe des von den USA besetzten Gebietes in der Bucht von Guantánamo. Eine Normalisierung sei nur möglich, sagte er in Richtung Washington, wenn das Recht eines jeden Staates respektiert werde, sein wirtschaftliches, politisches und soziales System selbst zu bestimmen. In seiner Rede warnte Castro zudem vor der »Offensive des Imperialismus und der Oligarchie gegen die revolutionären und progressiven Prozesse in Lateinamerika«. Er rief zu einer »internationalen Mobilisierung für die Verteidigung der Souveränität und Unabhängigkeit Venezuelas« auf. Auch in Brasilien, wo die Oligarchie versuche, Präsidentin Dilma Rousseff durch einen parlamentarischen Staatsstreich zu stürzen, seien die in den letzten Jahren erreichten sozialen und politischen Fortschritte in Gefahr.

Staats- und Regierungschefs aus aller Welt beglückwünschten das kubanische Volk und seine Regierung zum Jahrestag der Revolution. Als einer der ersten gratulierte Russlands Präsident Wladimir Putin. Er würdigte die gemeinsamen Projekte beider Länder und kündigte weitere Kooperationen an. Aus Hanoi waren bereits am 31. Dezember die Grüße der Regierungs-, Staats- und Parteiführung in Havanna eingegangen. Und Nicaraguas Präsident Daniel Ortega versicherte, dass Kuba und die kubanische Revolution »heute mehr als je zuvor« ein Beispiel für die Völker der Region seien.

Nach den Feiertagen stehen die vom Parlament am vergangenen Dienstag beschlossenen wirtschaftlichen Ziele auf der Tagesordnung. Das für 2016 angestrebte Wachstum von zwei Prozent scheint bescheiden, nachdem die Volkswirtschaft im letzten Jahr um vier Prozent gewachsen war. Angesichts der weltweiten Krise und der ungewissen Entwicklung des Haupthandelspartners Venezuela hatte Wirtschafts- und Planungsminister Marino Murillo das Ziel von zwei Prozent allerdings »auch gut« genannt. Um diese Vorgabe zu erreichen, müssten die Produktion gesteigert und die Importe gesenkt werden. »Alles, was wir in Kuba produzieren können, sollten wir auch hier herstellen«, so Murillo in der Nationalversammlung. »Es ist besser, Rohstoffe zu importieren und sie hier weiterzuverarbeiten, als die fertigen Produkte auf dem Weltmarkt zu kaufen.« Der Minister hatte angekündigt, dass der Staat in den kommenden Jahren vor allem in Bereichen wie der Biotechnologie, dem Energiesektor, dem Tourismus und der Landwirtschaft investieren wolle. Wirtschaftsplan und Staatshaushalt 2016 waren außerdem auch ein Schwerpunkt auf dem XII. Plenum des Zentralkomitees der KP Kubas, das am Sonnabend in Havanna getagt hatte.

JW/ Volker Hermsdorf



Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, www.dkp-goettingen.de, goettingen@dkp-niedersachsen.de

► Tarifkämpfe 2016

Bis Ende 2016 laufen die Tarife für 12 Millionen Beschäftigte in Deutschland aus und müssen neu verhandelt werden. Die Ergebnisse werden davon abhängen, inwieweit es einerseits den Unternehmen gelingt, die Beschäftigten zu spalten, zu entmutigen und ihre Forderungen als überzogen und unbezahlbar darzustellen. Sicherlich wird in den Zeitungen und im Fernsehen wieder von der Gefahr für den Standort Deutschland zu lesen und zu hören sein – Krokodilstränen, die wir schon aus den anderen Tarifrunden kennen. Andererseits müssen die Beschäftigten der Blockadehaltung der Unternehmen und der Desorientierung durch die Medien widerstehen und für ihre Forderungen streiten und gegebenenfalls streiken. Die Ergebnisse werden auch davon beeinflusst, inwieweit wir Zuschauer bleiben oder uns mit den Kämpfenden solidarisieren. Wir könnten ihnen helfen, ihre Argumente zu verbreiten, Sympathie mit ihren Forderungen zu demonstrieren, mit Leserbriefen und Infoständen die öffentliche Meinung mitzuprägen.

Ein detaillierte Liste der Tarifrunden gibt's hier: www.boeckler.de/pdf/pm_ta_2015_10_12.pdf oder auf www.tarifvertrag.de.

Für uns in Göttingen könnten folgende Kämpfe interessant werden:

- Februar Deutsche Telekom AG (ver.di)
- März Öffentlicher Dienst bei Bund und Kommunen (ver.di)
- April Metall- und Elektroindustrie (IG Metall)
- Mai Baugewerbe (IG BAU) und Banken (ver.di)
- Oktober Deutsche Bahn AG (EVG)

Die Beschäftigten bei der Telekom fordern eine Lohnerhöhung von 5%, eine Komponente zur überproportionalen Anhebung der unteren Gruppen, Laufzeit: 12 Monate, die Verlängerung des Ausschlusses betriebsbedingter Beendigungskündigungen. Die Ausbildungsvergütungen, die Vergütung für Dual Studierende sowie die Einmalprämie für Beschäftigte in der Einstiegsqualifizierung soll um jeweils 60 Euro steigen.

Die ver.di Bundestarifkommission wird voraussichtlich in ihrer Sitzung am 18. Februar 2016 die Empfehlungen für den Öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen beschließen.

Die Forderungen für die anderen Tarifbereiche werden noch diskutiert.

OTE

► Mündener Trauerspiel

Der Mensch hat sich in der Frühzeit unserer Geschichte nicht nur dank manueller Geschicklichkeit und der Fähigkeit, auszureißen, durchsetzen können – eine große Rolle spielte auch die Lernfähigkeit (Miezekatze mit großen, runden Zähnen ist böse – nicht streicheln!).

Diese Lernfähigkeit hat sich bis in die heutige Zeit retten können, was jedoch nicht heißt, dass sie in jedem Falle angewandt wird. Die Lokalpolitiker aus Hannoversch Münden, denen wir selbstverständlich jedwede Redlichkeit zugestehen wollen, hätten aus der Privatisierung des Landeskrankenhauses

Göttingen genug lernen können, um sich für das AWO-Krankenhaus Hann Münden (Städtisches Krankenhaus und renommierte Nierenfachklinik) etwas Besseres einfallen zu lassen, als den ganzen Betrieb einer „Investorengruppe“ zu überlassen.

Zur Erinnerung: Für einen Spottpreis den Besitzer gewechselt heißt das LKH nun Asklepius Fachklinikum. Und die Patientenversorgung ist dramatisch schlechter geworden, allerdings auch lukrativer.

(... Weiter auf Seite 12)

Mitgliederversammlungen/ Termine/Veranstaltungen

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden im Roten Zentrum, Lange Geismarstraße 2, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

MV Dienstag, 02. Februar, 20:00 Uhr

Auswertung der Kommunalpolitischen Konferenz, Aufgaben der DKP im Wahlkampf

MV Dienstag, 16. Februar, 20:00 Uhr

Arbeitsplan der DKP Göttingen

MV Dienstag, 01. März, 20:00 Uhr

Frauentagvorbereitung und prekäre Beschäftigung (Nicole angefragt)

► DKP-Seminar

Vom 19. bis 20.3.2016 findet ein Seminar des Bezirkes Niedersachsen zur Kommunalpolitik in der Nähe von Hannover statt. Es geht u.a. um Wohnungspolitik mit Klaus Lindner aus Berlin, Privatisierung und Rekommunalisierung und vieles mehr. Anmeldung über die DKP Göttingen.

**UZ-Pressfest
Volksfest der DKP**
1.-3. Juli 2016 • Dortmund
Revierpark Wischlingen

Kauft den Soli-Button zur Finanzierung des Festes
5,- / 10,- €

www.uz-pressefest.de
www.dkp.de
www.unsere-zeit.de

Spenden bitte auf das Konto des DKP-Parteiverbandes (IBAN: DE63 4306 0967 4002 4875 01, Stichwort: UZ-Pressfest)

Wähler/innengemeinschaft

Göttinger Linke

► Herr Oberbürgermeister, das sehen wir deutlich anders

Mit seinen jüngsten Stellungnahmen zum Kunstquartier und zur Ansiedlung von Möbelgroßmärkten in Göttingen steht der Oberbürgermeister im deutlichen Widerspruch zur Meinungsbildung vieler Göttinger BürgerInnen und der Göttinger Linken.

Wir bezweifeln, dass das in seiner Neu-jahrsansprache besonders herausgehobene Millionenprojekt des Kunstquartiers ein wirklicher Gewinn für die Göttinger Bevölkerung sein wird. Schon der anberaumte Architektenwettbewerb belegt für uns den Prestigecharakter, der diesem Vorhaben beigemessen wird. Da wird nach Stararchitekten gesucht und auf international renommierte Architekturbüros gesetzt. Dies lässt erahnen und befürchten, dass Exklusivität „um jeden Preis“ erwünscht ist. Und was das Bestreben nach dem „Besonderen“, nach der einzigartigen avantgardistischen Lösung bei öffentlichen Gebäuden nach sich ziehen kann, belegen etliche Beispiele öffentlicher Renommierprojekte von der Elbphilharmonie bis zur Lüneburger Uni. Baukostenübersteigerungen teilweise um das Zifache. Da gilt auch das Argument nicht, dass ja ein großer Teil der Investitionen vom Bund getragen wird. Auch hierbei handelt es sich um Steuermittel, die die Bürgerinnen und Bürger erbracht haben. Von den jährlichen Folgekosten zur Unterhaltung, personellen Ausstattung etc., die allein bei der Stadt verbleiben werden, ganz zu schweigen. So üppig ist der Kulturhaushalt unserer Stadt nicht, dass wir uns solch risikoreiche Experimente leisten können. Die vielen kleinen Kulturinitiativen in Göttingen können berichten, wie sich die Deckelung der freiwilligen Leistungen für sie auswirkt. Gerade die Initiativen und Gruppen prägen aber die Vielfalt und Kreativität in unserer Stadt.

Also Herr Oberbürgermeister, lassen Sie doch Herrn Steidl sich mit seinem Geld seinen Traum eines Grassmemorials in Göttingen verwirklichen, setzen sie aber möglicherweise nicht Millionen öffentlicher

Gelder in den Sand. Fördern und sichern sie stattdessen eher aktivierende, von den Beteiligten selbst getragene Nischenkultur, Alltags- und Kleinkunstprojekte.

Nehmen sie auch die Bedenken ihrer Amtskollegen aus Hann. Münden, Northeim und Duderstadt gegen die Ansiedlung zweier Möbelgroßmärkte ernst, wenn schon die Argumente des Göttinger Einzelhandels bei Ihnen wenig bewirken können. Es geht um den Erhalt der Anziehungskraft unserer Innenstädte, das Stabilisieren gewachsener Strukturen und Familienbetriebe und den Stop der Verlagerung fast aller Einkaufsmöglichkeiten an den Stadtrand. Das Argument, dass ohne neue Möbel-XXXL-Märkte Kaufkraft nach Kassel oder Hannover im beachtlichen Maße abgezogen würde, ist nicht wirklich überzeugend. Es ist eher ein Beleg dafür, dass sich Kommunen und Regionen leider immer noch als Konkurrenten betrachten. Dabei müssten sie sich in vielen Fragen als Bündnispartner verstehen, die ihr Augenmerk z.B. in

Kontakte:

Wählerinnengemeinschaft
GöLinke

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: goelinke@web.de

SprecherInnenkreis:

Gerd Nier, Dr. Peter Strathmann,
Marianne Mogk, Thomas Bahrs,
Dr. Christian Schüler, Gunnar Siebecke

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

Mittwoch, 17. Februar, 19 Uhr

Foyer Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2
Thema: OM10 (Referent*innen angefragt)

Montag (!), 14. März, 19 Uhr

Foyer Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2
Thema: Diskussion Kommunalwahlprogramm

Ansiedlungsfragen, der Schaffung immer neuer Logistikzentren und deren Folgen über „den eigenen Tellerrand hinaus“ bedenken und erörtern. Gemeinsame Überlegungen statt antiquiertem Konkurrenzdenken wären auch angebracht, um die Folgen des ständig zunehmenden Internethandels für den regionalen Einzelhandel zu überdenken. *gn*

► Das Ausspielen von Erwerbslosen gegen Flüchtlinge ist widerlich

Es stimmt mehr als bedenklich, wenn Landrat Reuter (SPD) in einem Schreiben an die Bundesarbeitsministerin Nahles (SPD) „eine Gefahr für den sozialen Frieden“ heraufbeschwört. Hintergrund dafür ist laut GT vom 15. Januar die Mitteilung des Bundesarbeitsministeriums (BMAS), dass für den Kreis mehr als 500.000 Euro weniger Mittel für die Eingliederung Erwerbsloser zu erwarten sind. Dafür sollen die „tatsächlichen“ Mittel für die Qualifizierung von Flüchtlingen um 300.000 Euro aufgestockt werden. Das heißt nichts anderes, als dass 2016 gut 200.000 Euro weniger für Eingliederungs- und Qualifizierungsmaßnahmen

im Kreis Göttingen ankommen werden. Dies alles vor dem Hintergrund, dass es durch den Wechsel von erwarteten gut 2200 Flüchtlingen 2016 in den Hartz-IV-Bezug deutlich mehr Leistungsberechtigte geben wird.

Die Göttinger Linke wendet sich entschieden gegen diese Art „Verschiebeparkplatz“ und verurteilt aufs Schärfste, wie hier auf dem Rücken von Menschen, die gleichermaßen der Unterstützung und Förderung bedürfen, Politik gemacht wird. Dem Versuch, Menschen gegeneinander auszuspielen, werden wir nicht tatenlos zusehen.

DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Treffen des Kreissprecher*innenrats KV Göttingen

Montag, 1. Februar, 18 Uhr im Roten Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2-3

Themen unter anderem: Vorbereitung der Kreismitgliederversammlung, BPT-Delegierte, Landratskandidatur

Kreismitgliederversammlung im Februar

Mittwoch, 3. Februar, 19.00 Uhr bei Arbeit und Leben, Lange-Geismar-Straße 73, Göttingen

Tagesordnungsvorschlag:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, Beschluss der Tagesordnung, Protokoll, Moderation
2. Anträge
3. Berichte aus der Kommunalpolitik und den Ortsverbänden
- 3 a. Bericht über die 2. Kommunalpolitische Konferenz
- 3 b. Neuigkeiten zur ehemaligen Ratsfraktion
4. Vorbereitung des Landesparteitags
5. Termine/ Verschiedenes

Kreismitgliederversammlung im März

Mittwoch, 18. März, 19.00 Uhr bei Arbeit und Leben, Lange-Geismar-Straße 73, Göttingen

Tagesordnungsvorschlag:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, Beschluss der Tagesordnung, Protokoll, Moderation
2. Wahl der Bundesparteitagsdelegierten
3. Wahl der Kandidat*innen für die Landratswahl
4. Anträge

Landesparteitag DIE LINKE Niedersachsen

Samstag, 13. Februar, 11-17 Uhr, 49084 Osnabrück, Schinkelschule (Barrierefrei), Windthorststraße 79-83

Schwerpunktthema: Kommunalwahl 2016 mit der Verabschiedung eines Rahmen-Kommunalwahlprogramms

Wahlen: Mitglieder der Landesschiedskommission

Termine der Ortsverbände

OV Göttingen Mitgliederversammlung

Aufgrund der Neuwahl der Sprecher_innen am 25.1. wurde noch kein neuer Termin festgelegt

OV Kreis Osterode Mitgliederversammlung

Mittwoch, 16. März 19.00 Uhr, Alevitischer Kulturverein, Hauptstraße 6, Herzberg

OV Hann Münden Mitgliederversammlung

Donnerstag, den 11. Februar, 19.00 Uhr in der Gaststätte „Zum Onkel Paul“ Siebenturmstr. 9, Hann. Münden, Thema u.a.: Vorbereitung Kommunalwahl

OV Dransfeld Mitgliederversammlung

Donnerstag, 25. Februar, 18.00 Uhr in Dransfeld, Tulpenweg 2a bei Uli Maschke
TOP: Rechenschaftsbericht, Neuwahl der OV-Sprecher_innen, Vorbereitung der Kommunalwahl (mit Eckhard Fascher)

OV Rosdorf Mitgliederversammlung

Dienstag, 2. Februar, 19.30 Uhr in der Gaststätte Zum Krug, Mühlengrund 23, Rosdorf

Treffen der Linksjugend solid

Jeden **Donnerstag 19 Uhr**, Treffpunkt vor dem Blauen Turm an der Universität

Arbeitskreise:

Treffen der AKL Göttingen

Freitag, 19. Februar, 19.00 Uhr bei Arbeit & Leben, Lange Geismar Straße 72 – 73

KV Göttingen/Osterode

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen

Tel.: (0551) 49 56 66 80

kreisverband@dielinke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Nach Vereinbarung im Rotes Zentrum, Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de.

Linksjugend [;solid]:

solidgoettingen@gmail.com

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

Olaf Klein, Hallenbadstr. 1, 34346 Hann. Münden, Tel. 05541-5571, hann.muenden@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Stine Rummel-Strebelow
Tel. 0551/49269269 und 01577/5895059
rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549, bovenden@dielinke-goettingen.de

OV Kreis Osterode

Ilays Cangöz
kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a, 37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034, dransfeld@dielinke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973
Festnetz: 0551-40137061
eckhardfascher@web.de

Antikapitalistische Linke

Meike Brunken, Tel. 01577 78 25 333
E-Mail: akiraki8@web.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,
E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer
E-Mail: SL-Goettingen@web.de

AG Antifa

Michael Kaufmann
ag.anti.fa.linke.goe@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,
E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

Rosa-Luxemburg-Club

Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18, 37079 Göttingen, Tel. 01523 2077973 oder 0551-40137061
E-Mail: eckhardfascher@web.de

Spendenkonto

des KV Göttingen: Kto-Nr. 3401510800
Volksbank Göttingen BLZ: 26090050

DIE LINKE.

im Europaparlament

Sabine Lösing, MdEP

► EU-Beistandsklausel: Wie Terror zum Krieg wird

Jürgen Wagner

Als eine der wichtigsten Reaktionen auf die Pariser Terroranschläge kündigte Frankreich am 16. November 2015 zum ersten Mal überhaupt die Aktivierung der sogenannten „Beistandsklausel“ nach Artikel 42, Absatz 7 des EU-Vertrages (EUV) an, der am Folgetag alle EU-Mitgliedsstaaten zustimmten. Daran sind besonders zwei Aspekte hochproblematisch: Einmal schließen sich damit die Mitgliedsländer faktisch der hochgradig umstrittenen Sichtweise Frankreichs an, bei den Anschlägen habe es sich um Kriegsakte gehandelt. Und zweitens wird hieraus nicht zuletzt in Deutschland eine regelrechte Verpflichtung abgeleitet, Frankreich militärisch beispringen zu müssen – und zwar auch in Einsätzen, die zumindest teils in kaum erkennbarem Zusammenhang zu den Anschlägen stehen. Doch obschon es richtig ist, dass die Beistandsklausel Formulierungen enthält, die verbindlicher sind als Artikel 5 des NATO-Vertrages, verbleibt es in der freien Entscheidungsgewalt jedes Mitgliedslandes, wann, in welcher Form und in welchem Umfang Frankreich von ihm Unterstützung erfährt. Eine Pflicht, sich militärisch stärker zu engagieren, wie sie in Deutschland heraufbeschworen wird, lässt sich jedenfalls nicht zwingend aus der Beistandsklausel ableiten.

Beistands- oder Solidaritätsklausel – Krieg oder Terroranschlag?

Die französische Sicht der Dinge formulierte Präsident Hollande nahezu unmittelbar nach den Anschlägen mit den Worten, es habe sich bei den Anschlägen um einen „Akt des Krieges“ gehandelt (taz, 17.11.2015). Ihm sprang u.a. Bundespräsident Gauck zur Seite, der von einer „neuen Art von Krieg“ sprach und dies in einen direkten Zusammenhang mit Auslandseinsätzen der Bundeswehr brachte: „Seit Jahren wissen wir, dass die kriegerischen Konflikte, näher an uns heranrücken. Wir leben in Zeiten, in denen auch deutsche Soldaten an internationalen Einsätzen teilnehmen, in denen sie zu Opfern dieser Art der Kriegführung werden können.“ Der Bundespräsident folgerte: „Aus unserem Zorn über die Mörder müssen Entschlossenheit und Ver-

teidigungsbereitschaft werden. Auch dabei stehen wir an der Seite der Franzosen.“ (IMI-Aktuell 2015/669) Tatsächlich handelt es sich beim „Islamischen Staat“, aber völkerrechtlich nicht um einen Staat. Deshalb handelt es sich bei den Anschlägen auch nicht um kriegerische Akte, sondern um kriminelle Handlungen. Dies ist wichtig, da nach gängiger Auffassung völkerrechtlich auf einen bewaffneten Angriff auf Grundlage von Artikel 51 der UN-Charta auch militärisch reagiert werden kann, nicht aber auf einen kriminellen Terroranschlag.

Das EU-Rechtsgebäude hält vor allem zwei Artikel parat, die mögliche Reaktionen auf Gewaltakte gegen ein Mitgliedsland zum Inhalt haben. Einmal besagte Beistandsklausel und andererseits die sogenannte „Solidaritätsklausel“ nach Artikel 222 des „Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union“ (AEUV). Terroranschläge fallen – eigentlich – explizit in den Bereich der Solidaritätsklausel, die vor allem auf die Option abzielt, unter verschiedensten Umständen Militär im EU-Inland einsetzen zu können. Ungeachtet dessen berief sich Frankreich dennoch auf die Beistandsklausel, womit augenscheinlich unterstrichen werden sollte, dass es um eine Unterstützung französischer Militäraktionen im Ausland gehen soll. Dies legt zumindest der in der Beistandsklausel enthaltene Begriff des „bewaffneten Angriffs“ fast zwingend nahe. Mit ihrer Entscheidung, der Aktivierung der Beistandsklausel zuzustimmen, schlossen sich die EU-Mitglieder also faktisch der französischen Interpretation an, bei den Anschlägen habe es sich um Kriegsakte gehandelt. So problematisch dies an sich schon ist, folgt hieraus aber trotzdem noch lange nicht, sich nun umfangreich militärisch betätigen zu müssen.

Deutscher „Militärbeistand“

Die Bevölkerung sprach sich laut Deutschland-Trend vom 20. November 2015 mit 52% mehrheitlich gegen eine deutsche Beteiligung an Angriffen auf den Islamischen Staat aus (dafür: 41%). Nachdem es zunächst so aussah, als wolle sich auch die Bundesregierung aus einer direkten

Europabüro
Göttingen

Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
tel 05 51- 507 66 823
fax 05 51- 507 66 838
europabuero-loesing@web.de
www.sabine-loesing.de

Beteiligung an Kampfhandlungen gegen den IS heraushalten, hat sich in dieser Hinsicht das Blatt schnell gedreht. Am 26. November 2015 berichtete Thomas Wiegold von Augengeradaus: „Im Kampf gegen die ISIS-Terrormilizen will Deutschland an der Seite Frankreichs aktiv in den Kampf eingreifen.“ Kurz darauf wurde dann auch eine auch eine konkrete Zahl für das Bundeswehr-Kontingent genannt: „Für den Einsatz der Bundeswehr im Kampf gegen den IS in Syrien werden laut Bundeswehr 1200 Soldaten benötigt. Damit wäre die Syrien-Mission der derzeit größte deutsche Auslandseinsatz.“ (Tagesschau, 29.11.2015)

Wiegold weist zusätzlich auf zwei weitere Aspekte in diesem Zusammenhang hin: Einmal würden die Recce-Tornados und der Tanker der von den USA geführten „Operation Inherent Resolve“ und damit dem allgemeinen Anti-IS-Einsatz unterstellt, da sie so nicht nur von Frankreich, sondern „von der ganzen Anti-ISIS-Allianz genutzt werden können.“ Und zum anderen scheint die Bundesregierung den Verweis auf Artikel 51 und die Beistandsklausel als hinreichende völkerrechtliche Grundlage für ihre Maßnahmen einzustufen: „Die Bundesregierung will offensichtlich kein weiteres Mandat des UN-Sicherheitsrats abwarten, sondern stützt sich auf die von Frankreich in den vergangenen Tagen eingebrachte und vom UN-Sicherheitsrat beschlossene Resolution nach den Terroranschlägen von Paris, die allerdings keine robuste Einsatzermächtigung nach Kapitel VII der UN-Charta enthält. Diese Resolution zusammen mit dem Selbstverteidigungsrecht in Artikel 51 der UN-Charta und der von Frankreich angerufenen Beistandsklausel in Artikel 42,7 des EU-Vertrags soll die rechtliche Grundlage für das deutsche Mandat bilden.“ (Augengeradaus, 26.11.2015)

Abenteuerlich sind die Versuche, das militärische Beistandsunterfangen rechtlich sattelfest zu beten – so schreibt die Tagesschau (30.11.2015): „In der völkerrechtlichen Begründung verweist die Beschlussvorlage dabei auf die Resolution 2249 sowie

(... weiter auf Seite 10)

DIE LINKE. Kreisverband Göttingen/Osterode

► 2015 – ein etwas anderer Rückblick

2015:

- Ein Jahr größter humanitärer Katastrophen und politischer Fehlleistungen
- Ein Jahr zivilgesellschaftlichen Engagements und direkter Hilfe

60 Millionen Menschen sind auf der Flucht. Das ist die höchste Zahl, die jemals von UNHCR verzeichnet wurde. Bis September 2015 wurden innerhalb dieser neun Monate ca. 2800 ertrunkene Flüchtlinge im Mittelmeer gezählt. Über 250.000 geschätzte Kriegstote in 2015, dreimal mehr als 2010. Davon sind 85 bis 90 Prozent laut einer Studie um den amerikanischen Professor William A. Wiist von der Northern Arizona University Zivilist*innen.

Fast 15 Billionen Dollar an Kriegsausgaben, das sind etwa 15 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts. Gleichzeitig muss die Welthungerhilfe ihre Rationen in vielen Flüchtlingslagern im Nahen Osten halbieren oder die Hilfe ganz einstellen, weil die zugesagten Mittel der sogenannten Geberländer nie wirklich überwiesen wurden. Im Jemen ist eine Hungerkatastrophe absehbar, in Eritrea herrscht eine solche schon seit Jahren. Europa schaut zu. Viel Geld investiert man stattdessen in sogenannte Grenzsicherungsmaßnahmen. Zusätzliche Milliardenbeträge sollen in die personelle und militärische Auf- und Ausrüstung von Frontex gesteckt werden, um Europa zur Festung auszubauen.

Fast schon faschistisch zu nennende Regierungen etablieren sich immer mehr auf unserem Kontinent: Ungarn, Polen, Türkei. Solidarität ist in der EU zur Worthülse verkommen und existiert im wirklichen Sinne fast nur noch im zivilgesellschaftlichen Bereich. Die Politik, auch in Deutschland, überbietet sich mittlerweile ausschließlich mit Bekundungen zur Abschottung, Forderungen zu Obergrenzen, Kürzung von Hilfeleistungen für geflohene Menschen et cetera. Das Asylrecht wird bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt und verdient eher, Antiasylgesetzgebung genannt zu werden.

Fast überall, auch in Deutschland, setzt man verstärkt auf militärische Lösungen. Schickt vermehrt Soldaten und militärisches Material nach Afghanistan, Syrien, die Türkei und in andere Teile der Welt. Man exportiert weiterhin massiv Waffen und beteuert, das diene der Sicherheit und ausschließlich der Bekämpfung des

Terrorismus. Woher kommen dann nur die vielen Waffen der Terroristen und Milizionäre?

Gleichzeitig werden weiterhin die Ressourcen Afrikas ausgebeutet. Land Grabbing wird in großem Stil betrieben, heimische kleinbäuerliche Strukturen durch Billigexporte zerstört und man gebärdet sich in vielen Dingen nicht viel anders als zu finstersten Kolonialzeiten.

Und dann ist man entrüstet darüber, dass immer mehr Menschen ihren Hungerkontinent, die zahlreichen Bürgerkriegsregionen verlassen, um eine Perspektive zum Überleben bei uns zu finden. Die EU hat versagt, verkommt immer mehr zum Sammelsurium egoistischer Einzelstaaten. Das hat u.a. auch der von der deutschen Regierung gesteuerte Umgang mit dem griechischen Volk gezeigt. 2015 hat das wahre Gesicht unserer vielbeschwoenen politischen Wertegemeinschaft entlarvt. Banken vor Menschen, Abschotten vor Hilfe. Einzig der uneigennütige Einsatz, das Engagement der vielen ehrenamtlichen Helfer*innen in etlichen europäischen Ländern zeigt, dass die Menschen bei uns, aber auch in vielen anderen Teilen Europas deutlich weiter sind, offener und solidarischer als ihre jeweiligen Regierungen. Hier finden wir die wahren Europäer*innen. An deren Seite müssen wir stehen, wenn sie sich den Hassparolen gegen Flüchtlinge und den verqueren rassistischen Vorurteilen der Pegida-Bewegung von Neonazis und rechten Parteien entgegenstellen. Sie machen Mut, sie zeigen Solidarität, sie handeln und denken internationalistisch.

Etwas optimistischer können uns auch die Wahlerfolge von Syriza und Podemos in Griechenland und Spanien stimmen, die ein Gegengewicht zu den Wahlerfolgen rechtsnationaler in Teilen schon fast diktatorisch verfasster Parteien und Regierungen insbes. in Osteuropa bilden. Tragen wir unseren kleinen Teil dazu bei, dass internationale Solidarität, soziale Gerechtigkeit und Friedenspolitik gegenüber Fremdenhass, Ausbeutung und Militarismus die Oberhand gewinnt. (gn)

„Sportvereine müssen mit Gebühren rechnen“

Pressemitteilung der Mündener Ratsfrau Kirsten Klein, DIE LINKE, erschienen in der HNA Mündener Allgemeine vom 07.01.2016

In der Berichterstattung der HNA zur Sportstättengebühr heißt es leider lapidar - der Mündener Stadtrat hat ein im Landkreis über Jahrzehnte gültiges Tabu gebrochen, als er beschloss (...). Dieser Beschluss wurde jedoch von der Ratsfrau der Linken, Kirsten Klein nicht mitgetragen.

Gerade die Parteien, die auf Bundes- und Länderebene die Steuersenkungspolitik für Großunternehmen und Vermögende eingeleitet haben, wodurch die notwendigen Finanzflüsse zu den öffentlichen Haushalten massiv gedrosselt wurden, singen immer lauter ihr „Klagelied“. Singen ein „Klagelied“ darüber, dass die Stadt Hann. Münden sparen muss und favorisieren unaufhaltsam eine Politik des „Kaputtsparens“ - überlegen in „Arbeitsgruppen“, welche Kuh evtl. noch gemolken werden kann!

Durch die Einführung einer Sportstättennutzungsgebühr kommen inakzeptable finanzielle Mehrbelastungen auf Sportvereine zu. Um diese Mehrbelastungen auszugleichen, werden wahrscheinlich die Mitgliedsbeiträge erhöht. Das wird vermutlich Mitglieder dazu bewegen, ihren Austritt zu erklären. Insbesondere betroffen sind Mitglieder mit einem geringen Einkommen. Für verschiedene Sportvereine bedeutet dies alles unter Umständen sogar das „AUS“.

Die Zugangsbedingungen zum Sport dürfen nicht eingeschränkt werden. Sportvereine bieten und leisten weitaus mehr, als die Möglichkeit zur sportlichen Betätigung. Neben der Erhaltung und Förderung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit bewirkt Sport auch Gemeinschaft mit anderen und hat integrative Funktionen. Das alles leisten die Sportvereine - der Bogen lässt sich sogar bis hin zu geleisteter Sozialarbeit spannen.

Das Ergebnis einer derartigen Haushaltspolitik ist, dass sich die sozialen Verhältnisse für immer mehr Menschen in unserer Stadt merklich verschlechtern – das gesellschaftliche Klima noch kälter und rauer wird!

DIE LINKE. Kreisverband Göttingen/Osterode

► Der Skandal um die Mündener Krankenhäuser

So langsam wird der wahre Skandal um die Mündener Krankenhäuser auch einer breiteren Öffentlichkeit vor Augen geführt. ‚Hasstiraden, Panikmache, Verunglimpfung‘ waren noch die eher harmlosen Begrifflichkeiten aus dem Munde des SPD-Landtagsabgeordneten Schminke, als DIE LINKE in Hann. Münden und im Landkreis auf die bedrohliche Situation in den Mündener Krankenhäusern aufmerksam machte. ‚Geschäftsschädigend, die Mitarbeiter*innen verunsichernd, den Standort gefährdend‘ stieß die Geschäftsleitung ins gleiche Horn.

Erste Berichte von Beschäftigten, in denen kritische Nachfragen und leise Kritik an der völligen Intransparenz der Verhandlungen und Gespräche geübt wurde, stellte man als Lügenmärchen dar. Scheibchenweise wurde dann den

Mitarbeiter*innen und der Öffentlichkeit der ‚sozialverträgliche‘ Abbau etlicher Arbeitsplätze nahegebracht.

‚Alternativlos‘ wie Herr Schminke betonte, da sonst der gesamte Standort und somit alle Arbeitsplätze gefährdet wären. Und immer noch wurden Vorstöße und Anträge der LINKEN verhöhnt, ernsthaft eine Trägerschaft der Krankenhäuser in öffentlicher Hand anzustreben. Dass Gesundheitsvorsorge und -versorgung ein Grundrecht sei und frei von Renditeerwartungen sein muss, wurde als weltfremde Floskel abgetan.

Nun, da sich die regionalen Medien der Thematik deutlicher widmen, sich ein Teil der Mitarbeiter*innen den Einschüchterungen widersetzt, werden einer größeren Öffentlichkeit endlich die Augen geöffnet und die antisoziale Politik um die Mündener Krankenhäuser nicht nur von

der LINKEN deutlich benannt. ‚Umgehung der Sozialauswahl‘ titelt das Göttinger Tageblatt vom 8. Januar; ‚Unzulässige Drohung‘ wird der Pressesprecher des Arbeitsgerichtes Göttingen zitiert, sollte es stimmen, dass der Insolvenzverwalter mit sofortigem Arbeitslosengeld ohne Berücksichtigung der dreimonatigen Kündigungsfrist gedroht haben soll.

Alles deutet darauf hin, dass bei der Auswahl der Beschäftigten in eine Transfergesellschaft ‚gemauschelt‘ wurde. Es wurden zwar Angaben über Familienstand, Betriebszugehörigkeit und soziale Aspekte der Mitarbeiter*innen erhoben, aber da existierte die Liste der zu entlassenden Personen längst. Um Personalkosten einzusparen, stehen insbesondere ältere und langjährig Beschäftigte auf der Liste. Zu vermuten ist, dass auch insbesondere die hausinternen Kritiker*innen abgestraft werden sollen.

Die Hann. Mündener Bevölkerung braucht ihr Krankenhaus, für seinen Erhalt sollten sich alle einsetzen. Aber das muss unter transparenten, fairen Bedingungen für alle Beschäftigten, Erhaltung und zum Teil sogar durch Erhöhung der Zahl der Arbeitsplätze und frei von Mauscheleien, Drohungen und Einschüchterungsversuchen geschehen.

Gesundheit ist keine Ware! (gn, hb)

Kommentar: „Wer soll das alles bezahlen?“

An der Auseinandersetzung um die Krankenhäuser wird es deutlich: Die öffentliche Hand muss wieder handlungsfähig werden. Für Krankenhäuser, aber auch für viele andere Aufgaben, für bezahlbare Wohnungen, Schwimmbäder mit bezahlbaren Eintrittspreisen, die Aufnahme von Flüchtlingen usw. wird wieder dringend mehr Geld gebraucht. Aber dies befindet sich in den falschen Händen. Öffentlicher Armut steht wachsender privater Reichtum gegenüber. Das reichste Tausendstel der Bevölkerung in Deutschland besaß laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) schon im Jahr 2011 über 22 Prozent des gesamten privaten Vermögens, die oberen 10 Prozent besitzen 2 Drittel (66,6 Prozent). Die gesamte untere Hälfte besaß noch 1,4 Prozent des Vermögens. Es ist inzwischen dem und der Letzten klar, dass durch die schon lange überfällige Wiedereinführung der Vermögensteuer besonders der private Reichtum der Reichsten wieder demokratisch an den öffentlichen Aufgaben beteiligt werden muss.

Aber was sollte außerdem im Steuersystem geschehen?

Die Möglichkeit, dass höhere Einkommen zu einem höheren Prozentsatz besteuert werden als niedrige, ist nur bei der Einkommensteuer gegeben. Über sie wird auf Bundesebene beschlossen. Große Teile davon werden durch Zuweisungen auch an die Länder und die Kommunen weiter gegeben. Auch die Körperschaftsteuer, die besonders die großen Konzerne aufgrund ihrer Milliardengewinne zahlen müssen, ist eine Bundessteuer. Sie wurde seit 1989 von 56 auf 15 Prozent gesenkt. Das ist der größte steuerpolitische Skandal von allen!

Es ist also insgesamt absurd, wenn Kommunalpolitiker sagen, dass vor allem kommunale Steuern, Abgaben, Eintrittspreise usw. erhöht werden sollten, damit eine Kommune wieder mehr Geld hat und handlungsfähiger wird. Diese Praxis wird nun seit vielen Jahren betrieben. Von ihr sind vor allem die Niedrig- und Normalverdiener betroffen. Obwohl aber die Steuern von der Bundesebene wie

beschrieben immer mehr gesenkt worden sind, machen sie immer noch den größten Batzen der kommunalen Finanzen aus: Laut Gemeindefinanzbericht 2015 waren es immer noch über 50 Prozent. Sie müssen wieder auf ein deutlich höheres Niveau gebracht werden.

Damit aber klar ist, dass die Niedrig- und Normalverdiener nicht wieder, wie in den letzten Jahrzehnten durch eine Anhebung der Einkommensteuer zum Schluss am meisten zur Kasse gebeten werden sollen, ist ein deutliches Signal nötig: Sie sollen laut Beschluss des Bundesparteitags der LINKEN 2015 durch die Anhebung des Grundfreibetrags der Einkommensteuer 75 Euro pro Monat, also 900 Euro pro Jahr weniger Steuern zahlen. Eine ganz einfache Folge aus der konsequenten Umsetzung der Steuerfreiheit des Existenzminimums von Erwerbstätigen!

So kann auch der Spitzensteuersatz für ganz hohe Einkommen mit mehrheitlicher Unterstützung der Bevölkerung endlich wieder deutlich angehoben werden.

(es)

GROBIAN

Groner Bürgerinitiative Antifaschismus

- ☛ Kontakt unter 0551-9004939 (Hendrik)
- ☛ mail: grobian-grone@web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags, Ort bitte vorher erfragen



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► Wohnraum für Flüchtlinge statt Lagerhallen!

Runder Tisch Grone war am 19.01. gut besucht und hochkarätig besetzt

Nach Köln und der bekanntgewordenen Planung, in Grone 400 Flüchtlinge in einer Lagerhalle unterzubringen war das Interesse am Runden Tisch Grone groß - der Raum im Nachbarschaftszentrum fasste die ca. 50 Personen kaum. Und, nach 3-maliger Einladung, erschienen auch die Zuständigen der Stadt Göttingen: Sozialdezernentin Frau Schlapheit-Beck, der OB Herr Köhler, Herr Gruß, zuständig für die Planung der Flüchtlingsunterbringung und Herr Sterr, Koordinator für die Vernetzung der Ehrenamtlichen.

Zum ersten Mal stellte sich auch die Westgrund AG der Diskussion, jener Immobilienfirma vor Ort, die seit vielen Jahren den massiven Leerstand in Bereichen Grone Süd und Altdorf zu verantworten hat. Allerdings wurde dort gerade wieder die Hausverwaltung gewechselt, von ehemals Peloton zu jetzt WBG, Abkürzung für „Wir bewegen Gutes“ (kein Scherz! So nachzulesen in einer Mitteilung an die MieterInnen). Deshalb stellte sich eine völlig neue Mitarbeiterin den Fragen, warum langjährig leerstehende Wohnungen nicht vollständig an Flüchtlinge vermietet werden. Frau Kurz beteuerte, dass die Westgrund AG nun eine Verwaltung habe, die Teil des Konzerns sei und sukzessive auch an Flüchtlinge vermieten wolle. Man werde sich dafür an einen Tisch mit der Stadtverwaltung setzen. Immerhin wurde endlich einmal die Zahl von aktuell 80 leerstehenden Wohnungen in Grone zugegeben, eine Zahl, die durch immer wieder durchgeführte Zählungen von BewohnerInnen im Stadtteil bestätigt werden kann.

Interessant war in diesem Zusammenhang das Statement des Oberbürgermeisters, dass es in der jetzigen Situation in Göttingen keinen marktbedingten Leerstand geben könne.

Vielleicht gilt dies auch noch für anderen privaten Wohnraum? Diese Frage kann man sich stellen, wenn man hört, dass die Stadtverwaltung in ihrer Not, täglich Menschen unterzubringen, wieder auf eine Industriehalle zurückgreifen muss. Vielleicht an dieser Stelle noch mal der Appell an alle LeserInnen, sich ein Beispiel an den

AktivistInnen der Wohnrauminitiative zu nehmen und leeren Wohnraum aufzuspüren, zu melden (oder zur Besetzung vorzuschlagen?)

Die Verwaltung arbeitet sicher auf Hochtouren, um die Asylsuchenden unterzubringen, aber vielleicht gibt es da Scheren im Kopf - Barrieren, Druck auf unwillige VermieterInnen auszuüben; zu viel Achtung vor dem Privateigentum, etc. Andere Kommunen haben Rechtswege eingeschlagen, um geeigneten Wohnraum zu belegen oder im Falle Hamburgs, sogar Gesetze geändert.

Die Hallenunterbringung von Flüchtlingen auf der Siekhöhe stieß auf heftige Kritik. Auch die Ortsbürgermeisterin Frau Sterr meinte, es übersteige ihre Vorstellungskraft, wie in dieser Situation Integration möglich sein könne. Leider scheint die Umsetzung der Pläne beschlossene Sache zu sein, Betreiber soll das DRK werden. Deren Betreuungs- und Sicherheitskonzept wird bei einer öffentlichen Ortsratssitzung am 28.01. um 19 Uhr im Bürgerhaus Grone vorgestellt.

am Rande auf, man müsste sie weiterverfolgen.

Fremdenfeindliche Töne kamen beim Runden Tisch nur ganz vereinzelt vor. Eher zeige sich der Wille, mit der Situation konstruktiv umzugehen und ehrenamtliche Unterstützung anzubieten. Allerdings gab es wenig Bereitschaft, die politischen Hintergründe und Fluchtursachen in die Diskussion einzubeziehen. Die anwesenden Mitglieder der im Bundestag vertretenen Parteien ließen sich hier nicht darauf ansprechen, doch ihren Einfluss zu nutzen und z.B auf Waffenexporte einzuwirken. Daran mangelt es ja bei vielen aktuellen Diskussionen über die sogenannte „Flüchtlingskrise“. Daher ist es wichtig, dass sich politisch denkende Menschen in die Diskussionen einmischen.

Noch ein Hinweis an arbeitssuchende LeserInnen: Die Stadt sucht händeringend nach Arbeitskräften in der Verwaltung und Flüchtlingsbetreuung! Auch dort kann kritische Einmischung nicht schaden.

Die LINKE. Europabüro Göttingen

(... Fortsetzung von Seite 7)

zwei frühere Resolutionen des UN-Sicherheitsrates. Darin sei wiederholt festgestellt worden, „dass von der Terrororganisation IS eine Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit ausgeht“. Da sich Frankreich nach den Angriffen von Paris auf die in Art.42 Abs. 7 des EU-Vertrags formulierte Beistandsklausel berufen habe, finde der Einsatz der Bundeswehr im Rahmen eines „Systems kollektiver Sicherheit“ statt, wie es das Grundgesetz verlangt.“ Die Sache hat gleich zwei Haken: Im angesprochenen UN-Mandat findet sich keine Ermächtigung, militärische Gewalt anzuwenden; und darüber hinaus hat – was auch der Bundesregierung bekannt sein dürfte – das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zum Vertrag von Lissabon verneint, dass es sich bei der EU um ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit handelt (BVerfGE 123, 267 (361)). Der Einsatz ist also weder völkerrechts- noch grundgesetzkonform.

Daneben hat sich die Bundesregierung auch für eine Reihe militärischer „Kompensationsleistungen“ entschieden, die ebenfalls mit dem Verweis auf die Beistandsklausel beschlossen wurden. Dazu gehörte eine deutliche Erhöhung des deutschen Mali-Kontingentes auf 650 Soldaten, ebenso wie eine Aufstockung der Bundeswehr-Soldaten, die im Irak Peschmerga ausbilden, von 100 auf 150 Soldaten.

Worauf allerdings u.a. Thomas Wiegold von Augengeradeaus hinweist, sind die Pläne für die Kontingenterhöhungen in Mali und im Irak älter als die Anschläge von Paris. Inwieweit sie also mit der vorgebrachten Begründung, Frankreich helfen zu wollen, zusammenhängen, ist fraglich.

Hieraus wird ersichtlich, wie die Beistandsklausel in Deutschland letztlich auch dazu dient, die Ausweitung längst beschlossener militärischer Aktivitäten zu legitimieren. Zwingend ist hieran überhaupt nichts, außer die moralische Verpflichtung der Abgeordneten, dieses Spiel nicht mitzumachen. Dies dürfte allerdings wohl – einmal mehr – zu viel verlangt sein. Und dies ist umso problematischer, als der jetzige Umgang mit der Beistandsklausel als Präzedenzfall für künftige Fälle dienen dürfte.

Sprache in der Flüchtlingsdebatte:

► Worte können auch Taten sein

Von Klaus Peter Lohest [*]

Tagtäglich lesen und hören wir derzeit Worte wie „Flüchtlingsstrom“, „Flüchtlingsflut“ oder „Flüchtlingswelle“. Welche Bilder entstehen in unseren Köpfen dadurch? Die, des gleichmäßig dahinfließenden Flusses, die, der erfrischenden Welle bei einem Meeresbad in den Fluten der Nordsee? Oder eher die von unbeherrschbaren, zumindest aber gefährlichen Naturereignissen, die Angst und Schrecken verursachen? Ströme treten über die Ufer und setzen Städte unter Wasser und Schlamm. Fluten zerstören hierzulande Deiche und führen zu Land-unter auf den Halligen, auf den Marshallseln sind sie lebensgefährdend. Von einer Welle überrollt zu werden, tut zumindest weh, manchmal endet es auch tödlich. Warum also diese Bilder im Zusammenhang mit Flüchtlingen?

Zudem werden die fliehenden Frauen, Männer und Kinder auf diese Weise individualisiert. Die Worte werden ihrem Einzelschicksal nicht gerecht. Jede und jeder von ihnen hat einen individuellen Grund, sich auf die lebensgefährliche Flucht zu begeben. Vergegenwärtigt man sich, dass viele Fliehende in den Fluten und Wellen den Tod finden, dann verbietet sich diese Wortwahl schon deshalb. Das gilt auch für das Wort „Lawine“. Von einer Lawine wird man verschüttet oder begraben. Uns wollen Flüchtlinge weder verschütten noch begraben.

Der allgemeine Sprachgebrauch hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Wir nutzen immer mehr Kurznachrichten, einzelne Worte, plakativ statt sensibel. Daher glaube ich, dass viele solche Begriffe unbewusst verwenden. Andere sind sich hingegen gut bewusst, was sie sagen, warum sie es so sagen und was sie damit anrichten. Hier geht es darum, Begriffe zu besetzen und mit erschreckenden Bildern zu hinterlegen. So werden Worte zu Taten.

Nehmen wir als weiteres Beispiel das Reden von der „Flüchtlingskrise“. Ja, wir haben Krisen. An erster Stelle ist es eine Krise der Humanität, wenn aus vielen Ländern Menschen fliehen müssen, weil ihre Heimat zerbombt wird oder weil sie terrorisiert werden. Die politische Krise besteht darin, dass viele Staaten – auch mit dem Zutun der westlichen Welt – in den letzten Jahren so destabilisiert wurden, dass jegliche staatliche Ordnung verloren gegangen ist und es keine Verhandlungspartner gibt, mit denen überhaupt Friedensgespräche geführt werden könnten. Die Fronten sind unklar. Wer steht wofür? Mit wem, gegen wen, für wen? Manche, gegen die wir heute Krieg führen sollen, sind erst durch die Unterstützung westlicher Staaten groß geworden.

Auch unser Wirtschaften ist ein Krisenverursacher: Waffen, die wir exportieren, zum Beispiel an Saudi-Arabien, einem Staat, aus dem der Terror mitfinanziert wird.

Wir wirtschaften so, dass Menschen aufgrund von Umweltkatastrophen ihr Leben in Sicherheit bringen müssen. Unser Beitrag zur Entwicklungspolitik liegt immer noch weit unter den 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens, die wir uns schon vor Jahrzehnten vorgenommen hatten.

Und natürlich ist es auch eine „Krise“, wenn Flüchtlinge in Notunterkünften untergebracht werden müssen oder sich nachts vor Ämtern anstellen müssen, um überhaupt die Chance auf eine Registrierung zu haben. Aber ist das zusammen eine „Flüchtlingskrise“? Nein, die Flüchtlinge sind Opfer dieser Krisen.

Übrigens: Die aktuelle Situation sollte jedem klarmachen, wie wichtig ein handlungsfähiger Staat ist. „Weniger Staat“, die Devise der letzten Jahre, war und ist falsch. Wir brauchen mehr staatliche Handlungsfähigkeit, auch was das Personal angeht. Das ist eine Voraussetzung gelingender Integration.

Was ist mit Integrationskonzepten? Schon vor fünfzehn Jahren hatten wir eine Debatte um die sogenannte „Leitkultur“. Heute haben wir sie wieder. Ich kenne darauf nur eine vernünftige Antwort: Die Grundsätze für das Zusammenleben in Deutschland stehen in unserem Grundgesetz. Das gilt für alle. Dann können keine Missverständnisse entstehen. Dann muss niemand befürchten, es gehe in Wirklichkeit um „Oben und unten“, um Kulturen erster und zweiter Ordnung, um Ausgrenzung. Unser Grundgesetz ist aus der Erfahrung von Krieg, Vernichtung und Massenmord geschrieben worden. In den ersten 20 Artikeln finden sich wie in kaum einer anderen Verfassung die Grundsätze der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948 wieder.

Kommen wir zu der Forderung nach einem „Integrationspflichtgesetz“. Die meisten Geflüchteten sehnen sich danach, sicher, in Frieden und Geborgenheit zu leben. Sie suchen für sich und ihre Kinder eine Zukunftsperspektive bei uns in Deutschland, viele auf Dauer, manche auf Zeit. Sprache, Arbeit, Bildung, gesellschaftliche Teilhabe sind die Voraussetzungen dafür. Wenn wir das gemeinsam ermöglichen und Ghettos verhindern, dann bietet das die beste Gewähr für gelingende Integration.

Wer will, dass „alle Neuankömmlinge ... auf ihren Kopfkissen eine `Hausordnung

Deutschland´ vorfinden“, den muss man daran erinnern, dass das Grundgesetz diese Hausordnung ist. Hier sind die Grundsätze unserer demokratischen Gesellschaftsordnung niederlegt und die wiederum haben Auswirkungen auf das Alltagsleben. Glauben und Für-Richtighalten kann bei uns in Deutschland jeder und jede, was er oder sie will, aber alle müssen sich an die gleichen Grundsätze und Regeln halten. In Abwandlung eines Wortes von Gustav Heinemann kann man sagen: „Das Grundgesetz ist ein großes Angebot auch an alle, die zu uns kommen.“

Unser Grundgesetz sagt klar, was gilt. In Artikel 2, Absatz 1 heißt es: „Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.“ Im Zusammenspiel mit Artikel 3 Absatz 3 („Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“) zeigen sich ganz unmissverständlich die Garantie der freien Entfaltung der Persönlichkeit und ihre Grenzen. Um ein Beispiel zu nennen: Frauen und Männer haben gleiche Rechte.

Das gilt für Arbeitgeber, die Frauen für die gleiche Arbeit immer noch schlechter bezahlen als Männer, genauso wie für Menschen, die aus patriarchalisch geprägten Gesellschaften zu uns kommen. Wenn konservative Muslime oder Juden Frauen mit religiöser Begründung den Handschlag verweigern, dann kann man zu Recht darüber staunen und es kritisieren, aber man wird niemanden zu einem Handschlag verpflichten können – durch keine Hausordnung und durch kein Gesetz. Das Grundgesetz gilt aber in allen Teilen: Wer den Nachzug von Familienmitgliedern verhindern will, der stellt sich gegen den besonderen Schutz von Ehe und Familie in Artikel 6, Absatz 1.

Wir brauchen in der gesellschaftspolitischen Debatte über die Bekämpfung von Fluchtursachen, über Aufnahme und Integration von Flüchtlingen mehr Sensibilität, auch was die Sprache angeht. Politikerinnen und Politiker, Journalistinnen und Journalisten, Meinungsmacherinnen und Meinungsmacher tragen dafür eine besondere Verantwortung. Wir dürfen durch Sprache nicht Vorurteile schüren. Wir müssen Ängste ernst nehmen, dürfen sie aber nicht verstärken.

Quelle: www.Nachdenkseiten.de

[*] Klaus Peter Lohest ist Abteilungsleiter Familie im rheinland-pfälzischen Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen

🎯 Demokratiefeinde im Kreis Göttingen?!

Seit Beginn Dezember 2015 finden in Duderstadt regelmäßige sonntägliche Kundgebungen eines Freundeskreises Thüringen/ Niedersachsen mit jeweils rund 50 Personen am so genannten „Ehrenmal“ in Duderstadt statt. Was verbirgt sich dahinter?

Anmelder der Kundgebungen ist Lars Steinke, Funktionär der Jungen Alternative, der AfD-Jugendorganisation und Mitglied der Göttinger Burschenschaft Hannovera. Von den Kundgebungen scheinen sich

aber nicht nur AfD-Leute angesprochen zu fühlen: In den vergangenen Wochen waren unter den Teilnehmern nach Informationen von Demo-Beobachtern unter anderem NPD-Funktionäre und Mandatsträger aus dem Eichsfeld sowie der Kameradschaft Northeim.

Also eine ähnliche Zusammensetzung wie bei den Pegida-Demonstrationen, die vor einem Jahr vergeblich unter den passenden Namen „Nogida“ auch nach Northeim getragen werden sollten. Jetzt

haben sich die Rassisten offenbar das konservative Duderstadt ausgesucht, aber auch in Northeim und dem dortigen Kreis wurden im Januar „Mahnwachen“ abgehalten.

Aber auch im konservativen Duderstadt wurde durch ein breites Bündnis mehrerer Duderstädter Parteien seit dem 13.12. zu einer Gegenkundgebung aufgerufen, an der sich jeweils mehr als hundert Personen beteiligten. Hier gilt es den Widerstand noch zu verstärken, um deutlich zu machen, dass im gesamten Südniedersachsen, auch im katholischen Eichsfeld kein Platz für Pegida, AfD, NPD oder andere Rassisten bis hin zu Nazis ist. *ef*

(... Fortsetzung von Seite 4)

Zwei Beispiele: Die Schließung der hausinternen Küche – immer eine gute Idee, wenn viele Patientinnen und Patienten mit Essstörungen behandelt werden – und die Schließung des eigenen Bades, man könne, so ein selten dämlicher Kommentar eines CDU Ratsherren, ja auch in die nahe gelegene Eiswiese ausweichen. Sexualisierte Traumata werden so optimalst behandelt.

Von den üblichen Personalkürzungen, Arbeitsverdichtungen und Einsparungen auf allen Ebenen ganz zu schweigen, die sind ja auch schon für die AWO-Häuser angekündigt worden. Die Gewerkschaft ver.di ist harsch kritisiert worden, die falschen Prioritäten gesetzt zu haben und somit eine Alternative zur Privatisierung verhindert zu haben – dazu später.

Zunächst: Was wird sich in den Häusern verändern? Das Personal wird weniger Zeit haben! Es gibt Stellen, bei denen das gut ist, es gibt Stellen, bei denen das egal ist – vielleicht kommt man so auf ein Prozent aller. Bei allen anderen kann sich die Arbeit nur verschlechtern – entweder gleich, weil die Qualitätsstandards nicht mehr gehalten werden oder die „Mit“arbeiter überlasten sich, der perfekte Einstieg in den Burnout. Es wird auf Kosten der Beschäftigten saniert, eine durchweg sozialdemokratische Einstellung, oder Herr Schminke?

Was passiert noch: Die Investoren repräsentieren einen Medizinproduktehersteller. Das Haus stellt also seine Produkte um. Das ist rational und wird Kosten sparen. Und die neuen Arbeitsmittel müssen nicht einmal schlechter sein, zugelassen sind sie in jedem Falle. Nur: wenn sie es nicht sind, die Schläuche vielleicht leicht abknicken, die Spritzen schwergängig sind, die Verpackungen nicht steril zu öffnen sind – der Teufel

steckt da im Detail, wird man dann nichts ändern können. Ausweichen auf andere Produkte ist nicht mehr möglich.

Und noch etwas wird sich ändern, vermutlich gerade für das Nephrologische Zentrum: Die Patientenauswahl. In den Zeiten der DRGs (Krankenhausaufenthalte werden nach Pauschalen abgerechnet, nicht mehr nach den tatsächlich entstandenen Kosten) hat sich die Liegedauer verkürzt (Faustregel: Mindestliegedauer plus 1), was zum berüchtigten „Drehtüreffekt“ führt (vorzeitig entlassener Patient steht wieder vor der Tür), was sich nicht geändert hat, ist, dass es profitable, weniger profitable und richtig teure Patienten gibt. Eine aufwändige Wundversorgung bei Heilungsstörungen kann schon mal ins Geld gehen. Solche Patienten wird jedes kleine und vor allem jedes private Krankenhaus in die Uniklinik abschieben wollen. Das mag für die Patienten selbst nicht das Schlechteste sein (im Gegensatz zur physischen und psychischen Belastung eines Drehtürpatienten), drückt aber auf die Konten der Unis. Ein Ausgleich des Gesetzgebers? Bislang Fehlanzeige.

So wird die Investorengruppe sparen, auch sparen müssen, denn neben den Verlusten, die auszugleichen sind, ist ein neuer, vorher undenkbarer Kostenfaktor in das Gesundheitswesen eingezogen: Die Profite, die die Privaten aus dem Haus abziehen, müssen ebenfalls von den Krankenkassen und ihren Mitgliedern erwirtschaftet werden. Wenn die Beiträge wieder steigen und die Politiker über das teure Gesundheitswesen klagen, denkt auch daran: Jetzt neu: Dividenden!

Zurück zu ver.di. Der Hauptvorwurf, man habe sich nur noch um die Bedingungen der Auffanggesellschaft gekümmert, somit Co-Management betrieben, statt kraftvoll mit den Beschäftigten für neue Lösungen zu streiten. Das mag stim-

men oder auch nicht. Für Kommunisten wäre ein Arbeitskampf – weil bewußtseinsbildend – natürlich besser, stünden die Leute danach aber auf der Straße, überwiegt der Schaden. Der Kampf ist nunmehr verloren, wie immer gibt es das „Hätte, hätte...“ und wir müssen uns neu orientieren. Es ist nicht damit zu rechnen, dass es den verbliebenen Beschäftigten im privatisierten Haus besser gehen wird – sie stehen also vor neuen Konflikten. Diese können sie alleine durchstehen, weil sie das Vertrauen in die Gewerkschaft verloren haben (schlechte Lösung). Sie könnten sich einer anderen Gewerkschaft zuwenden, etwa dem Ableger des Beamtenbundes „Geni“ (Gesundheitsberufe Niedersachsen. Ist auch der Beitrag niedriger, weil die nicht streiken.+ Nach den Erfahrungen mit dem arbeitgeberfreundlichen Geni-Personalrat an der UMG würde ich auch sagen: keine optimale Lösung. Insofern sollten alle in Hann Münden doch noch einmal zu ver.di gehen. Der vergangene Konflikt muss aufgearbeitet werden, aus einer Selbstkritik kann neues Vertrauen entstehen, wenn denn auch Verbesserungsvorschläge angenommen werden. Die Tatsache, dass alle Beteiligten auf Seiten der Beschäftigten in der Linkspartei beheimatet sind, wäre schon einmal ein guter Auftakt.

Denn eines sollte nicht vergessen werden: Es ist nicht die Gewerkschaft, die die Privatisierung wollte, es ist auch nicht die Gewerkschaft, die die künftigen Arbeitsbedingungen diktieren wird. Ein Rückzug aus ver.di nutzt nur einem: Dem Arbeitgeber! Wer mit seiner Gewerkschaft nicht zufrieden ist, kann sich zurückziehen und hat verloren. Oder er versucht, seine Gewerkschaft zu verbessern. Im solidarischen Diskurs. Wer bislang auf der Seite der Beschäftigten stand, sollte diese auch weiterhin unterstützen – jetzt ist es wichtiger denn je.